Der Bürgermeister geht auf die Beschlussempfehlungen von APUE und ABV ein. Zunächst sieht er hier einen Widerspruch. Nach mehreren Wortbeiträgen und Klarstellung darüber, dass der ABV sich explizit der Beschlussempfehlung des APUE angeschlossen hat, ist der Widerspruch ausgeräumt.

Der Bürgermeister zitiert die Beschlussempfehlungen und stellt noch einmal deutlich heraus, dass zunächst die Vorprüfung über die Finanzierungsmodelle zu erfolgen hat.

Nachfolgend ergibt sich eine längere Aussprache.

Herr Langer erklärt, dass das Büro Schaumburg ein gutes Gutachten geliefert habe. Er geht auf die dort untersuchten Felder ein und erklärt, dass man ein solches Gutachten immer gefordert habe. Es solle auch umgesetzt werden. Herr Rupprecht habe sich im APUE geweigert, an der Abstimmung teilzunehmen, da umfangreiche Unterlagen erst in den Sommerferien zugegangen seien. Bereits zwei Tage nach dem APUE habe der ABV stattgefunden. Dieser habe den einzig greifbaren Beschluss gefasst. Insgesamt sei aber der Ablauf unbefriedigend gewesen. So sei das Ansinnen der Grünen, im HA die Beratung zu vertagen, richtig und nachvollziehbar. Er sehe sich nicht in der Lage, heute eine fundierte Entscheidung zu treffen. Schon überhaupt treffe er keine Entscheidung, ohne die finanziellen Auswirkungen zu kennen. Außerdem wolle er wissen, wo man haushaltsmäßig zur Zeit überhaupt stehe.

Der Bürgermeister verweist auf die ausführlichen Ausführungen des Kämmerers im letzten HA.

Herr Strack nimmt Stellung. Werde alles, was das Energiegutachten beinhalte, umgesetzt, überfordere dies die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Losgelöst hiervon müsse die Frage bewertet werden, ***wie*** etwas finanziert werde. Dies könne jedoch nur ansatzweise geprüft werden. Steige man weiter ein, bedürfe es einer Fachberatung. Eine Einschätzung hänge davon ab, wie der Haushalt 2012 aussehe. Dies stehe erst mit der Vorlage des Entwurfes fest. Zu Investitionen seien Aussagen möglich, sobald die Investitionsliste vorliege. Wie schon im HA gesagt, bemühe er sich, diesbezüglich schon im November Informationen vorzulegen. Angaben aus dem Schaumburg-Gutachten seien detailliert auseinanderzudividieren. So müssten Investitionen und Sanierungen differenziert werden. Alles werde nicht gehen und es sei ratsam, auch innerhalb des Schaumburg-Gutachtens Prioritäten zu setzen. Nach wie vor bestehe die Gefahr, in ein HSK zu rutschen.

Frau Miethke mahnt eine schnelle Entscheidung in Bezug auf die Heizung an. Diese drohe auszufallen.

Herr Strack macht noch einmal deutlich, dass über drei Jahre verteilt 500.000 Euro im Haushalt zur Sanierung der Heizung ausgewiesen seien.

Herr Meeser erklärt, dass die BfE nichts ohne einen Finanzierungsvorschlag unterstützen werde. Er unterstütze den Vorschlag von Herrn Strack, zunächst eine Prioritätenliste mit Finanzierungsoptionen zu erstellen und dann zu entscheiden.

Herr Langer erklärt, dass die Grünen in Bezug auf die Heizung eine PPP-Lösung ablehnen. Der Bau einer Heizungsanlage sei aber nicht so eine spezielle Sache, für die eine besonders spezialisierte Firma erforderlich wäre unter Inkaufnahme unnötiger Zusatzkosten. Desweiteren erinnert er an den Vorschlag der Grünen, bei den Gemeindewerken eine eigene Abteilung „Energien“ anzusiedeln. Haushaltsmäßig könnte die Thematik so bei den Werken angesiedelt werden.

Im Hinblick auf die Werke erklärt der Bürgermeister, dass diesbezüglich nichts ausgeschlossen sei. Gleichwohl stellt er klar, dass die Gebührenzahler Wasser/Abwasser nicht für Energieversorgung zu zahlen habe. Hier gelte es, sehr sauber zu trennen.

Herr Gräf bestätigt, dass auch die FDP erst eine Entscheidung treffen will, wenn die Finanzierungsmodelle geprüft sind. So wolle man auch das Ergebnis der Vorerkundung kennen. Bezüglich der Bewertung der PPP-Modelle verweist Herr Gräf auf die guten Erfahrungen beim Freizeitbad „Octopuss“ aus Siegburg und zitiert unter Hinweis auf nähere Einzelheiten aus der Zeitschrift des Bundes der Steuerzahler. Dementsprechend sei das PPP-Modell beim Siegburger Bad ein Erfolgsmodell. Mit Bad

und Heizungsversorgungsanlage – wenn auch räumlich getrennt – habe man in Eitorf eine ähnliche Gemengelage. Es verdiene zumindest einen Versuch, in diese Richtung weiter zu prüfen.

Herr Scholz erklärt, dass man nichts entscheiden könne, weil die Hausaufgaben nicht gemacht wurden. Das Thema sei so komplex, dass es durchaus Sinn mache, heute zu vertagen.

Herr Meeser hält es für wichtig, dass man war PPP prüfen könne, dies jedoch mit konventionellen Finanzierungsmodellen vergleichbar gemacht werden müsse. Er fragt, ob dies möglich ist.

Herr Strack erklärt, dass man versuchen werde, eine Vergleichbarkeit darzustellen. Gleichwohl weist er darauf hin, dass man nur grob prüfen und ohne weitere Schritte nicht bis ins Detail einsteigen könne. Vor Ort verfüge man lediglich über „Halbwissen“. Es gebe jedoch bestimmte Institutionen, die helfen könnten, in einem ersten Schritt Informationen zusammenzutragen. Eine diffizile Vergleichbarkeit könne man nur über ein Gutachten erstellen. Hierzu müsse jedoch ausgeschrieben werden.

Herr Sterzenbach nimmt Stellung. Zur Vergleichbarkeit gehörten immer zwei Seiten. Die Darstellung der konventionellen Seite erfolge über den Haushalt. Die Prüfung von PPP/Contracting sei die andere Seite. So sei die Ermittlung belastbarer Zahlen nur durch die Ausschreibung eines konkreten Projektes möglich. Eine solche Ausschreibung sei mit hohem Aufwand verbunden und von der Gemeinde Eitorf nicht alleine zu stemmen. Die Hinzuziehung von Beratern sei erforderlich. Auf eine Ausschreibung habe dann grundsätzlich eine Vergabe zu folgen. Ausnahmsweise nicht vergeben könne man nur z.B. dann, wenn eine Wirtschaftlichkeitsschwelle zuvor definiert sei. Erfülle eine Bieter diese, müsse man vergeben.

Herr Sonntag erklärt, dass ein Teil der Irritationen in der Sitzung des APUE entstanden sei. So habe sich der Ausschuss zu einem großen Teil mit Finanzierungsfragen beschäftigt, für die eigentlich der Hauptausschuss zuständig sei. Die eigentliche Sachfrage, für welchen Energieträger man sich entscheide, sei seiner Meinung nach hierbei ein stückweit in den Hintergrund gerückt. Das Gutachten zum Energieversorgungskonzept liege seit Juli vor., Die CDU sei durchaus in der Lage, heute entsprechende Prioritäten zu setzen. Fast zwangsläufig ergebe diese sich in der Reihenfolge folgender indisponibler Maßnahmen: Brandschutz, Heizungsanlage (Mittel stehen im Haushalt bereit) und die Sanierung des Hermann-Weber-Bades -. all dies natürlich nur mit der Maßgabe, dass die Finanzierung gesichert sei.PPP könne untersucht werden, allerdings nicht für die Heizung, da diese besonders vordringlich sei. Diese solle man herausnehmen. So habe man genügend Zeit, die Prüfung aller übrigen Möglichkeiten in Ruhe und sorgfältig vorzunehmen. Bezugnehmend auf die Wortmeldung von Herrn Gräf vermutet Herr Sonntag, dass der Vergleich des Siegburger Bades mit den Eitorfer Gegebenheiten hinke. Er vermute eher, dass diese Rechnung nicht aufgehe.

Im weiteren Verlauf der Aussprache unterstreicht Herr Kolf diese Aussage und macht nochmal die Notwendigkeit der angesprochenen Maßnahmen deutlich. Die abschließende Umsetzung eines PPP-Modells dauere bis zu drei Jahren.

Herr Zielinski verweist auf die bisher geführten Diskussionen in verschiedenen Gremien. Bevor man keinen Überblick über die gesamte Sachlage habe – dazu gehöre auch die Finanzierung – mache es keinen Sinn, über eine Entscheidung nachzudenken und auch darüber, ob hier etwas herauszulösen sei. Er schlage vor, an dieser Stelle abzubrechen und die Entscheidung generell bis zur Vorlage aller relevanten Informationen zu vertagen.

Herr Kemmler stellt im weiteren Verlauf den Antrag heute keine Entscheidung zu treffen und bis zur Vorlage aller erforderlichen Informationen im nächsten Rat bzw. HA zu warten.

Herr Lorenz erinnert an die Beschlussformulierung im APUE. Hier sei zunächst nur von einer „Vorprüfung“ die Rede. Zunächst gehe es darum, die Möglichkeiten zu sondieren. Die Frage, ob man PPP mache oder nicht, stelle sich in der heutigen Sitzung gar nicht.

Der Bürgermeister skizziert nochmal kurz die Beschlussempfehlung des APUE an den HA und die dortige Diskussion. Im Grunde bestehe deshalb kein formaler Beschluss. Gleichwohl werde die Verwaltung im Sinne der gewünschten Vorprüfung tätig, um in der Sache weiter voran zu kommen -. allerdings mit den

zur Verfügung stehenden Bordmitteln und unter Hinzuziehung externer Beratung, sofern dies kostenlos ist. Mit einer ersten Abschätzung gehe man dann wieder in den nächsten Hauptausschuss.

Herr Dr. Peeters skizziert kurz die Historie um die Bemühungen, in Eitorf ein Blockheizkraftwerk zu bauen. Glücklicherweise sei dies im Bereich der Werke gelungen. Desweiteren schildert er nochmal die Vorzüge und Charakteristik dieser Heizungsform. Lasse man PPP prüfen, käme ggf. ein Investor auf die Idee, auch ein Holzhackschnitzelwerk wieder in die Überlegungen einzubeziehen. Das war ja eigentlich das wünschenswerte Ziel, ist aber wegen der zu hohen Kosten nicht weiter überlegt worden.

Herr Langer bezieht sich auf die gesamte Diskussion und formuliert hieraus den Antrag mit folgenden Eckpunkten:

- Vertagung der Thematik in Verbindung mit der Aufstellung des finanziellen Rahmens bis zur nächsten Sitzung
- incl. Prioritätenliste
- Prüfung, inwieweit die Ansiedlung einer Abteilung „Energie“ bei den Werken möglich und in Eigenregie denkbar ist.
- Prüfung PPP – aufgegliedert nach den Themen Gas und Hackschnitzel

Der Bürgermeister erklärt, dass der Antrag sehr komplex sei. Er bittet Herrn Langer, diesen nochmals auszuformulieren und nach Möglichkeit schriftlich vorzulegen. Der Antrag beinhalte so viele Themenfelder, dass es so schwierig sei, hierüber abzustimmen.

Herr Langer erklärt, dass er diese Bitte nicht akzeptiere.

Herr Gräf schlägt vor, sich auf den Antrag zu beschränken, der schon gestellt war. Was Herr Langer inhaltlich gesagt habe, gehöre doch mit dazu. Dies müsse doch nicht undbedingt in einen Beschlussvorschlag münden.
Herr Langer erklärt sich hiermit einverstanden.

Der Bürgermeister verweist auf den ausführlichen Beschlussvorschlag des APUE.

Herr Liene verweist auf den Ablauf der Diskussion. Er habe den Eindruck, dass sich jeder mit dem Themenfeld eingebracht habe, das ihn interessiere. **Nach alledem beantrage er gem. Geschäftsordnung das Ende der Rednerliste.**

Nachdem sich keine Gegenrede ergibt, lässt der Bürgermeister über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss

Nr. XIII/14/192

Der Rat beschließt das Ende der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (15 FDP, 2 SPD, 2 Grüne, 2 BfE, 1 UWG, 1 BM), 12 Enthaltungen (9 CDU, 3 SPD)

Anschließend stellt der Bürgermeister fest, dass noch die Herren Sonntag und Kemmler auf der Rednerliste stehen und ruf diese nacheinander auf.

Herr Sonntag findet es beachtlich, dass man es bisher nicht geschafft habe, zumindest teilweise konkrete Entscheidungen zu treffen oder eines von bestimmten Problemen zu lösen bei einem Themenkomplex, dessen Unterlagen seit Juli vorliegen und mit dem sich inzwischen drei Ausschüsse und der Rat befasst hätten. Die CDU werde keinem Antrag zustimmen, nachdem alles vertagt werde. Man sei entscheidungsfähig und wolle eine Entscheidung für die Einrichtung eines BHKW´s im Gebäudetrakt Gymnasium in Eigenregie treffen. Man wolle auch keine Verantwortung dafür übernehmen, dass die Heizung ausfalle und eine teure Mietheizung angemietet werden müsse.

Herr Kemmler geht auf eine vorherige Wortmeldung von Herrn Kolf ein. Es würde immer dargestellt, dass die Mittel für ein BHKW im Haushalt eingestellt seien. Für dieses Jahr seien Planungsmittel und weitere Mittel für nächstes und übernächstes Jahr eingestellt. Die CDU kommuniziere, dass laut Gutachten das Hermann-Weber-Bad innerhalb der nächsten zwei Jahre grundlegend saniert werden müsse. Dies gebe aber das Gutachten so nicht her. Von der CDU werde auch dargestellt, dass die Vorplanungskosten für ein PPP 1 Mio. Euro betragen würden. Ihm sei nicht klar, woher diese Zahl komme. Da man nicht wisse, wie groß ein mögliches Projekt sei, könne man auch nicht wissen, wie hoch die Planungskosten seien.

Der Bürgermeister kommt nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des APUE. Zwar sei die Beschlussempfehlung an den HA ausgesprochen worden, jedoch entscheide heute an dessen Stelle der Rat. Zur Verdeutlichung trägt der Bürgermeister nochmal die Beschlussempfehlung vor.

Aufgrund weiterer Wortmeldungen verweist der Bürgermeister auf den Schluss der Rednerliste. Allenfalls beantworte er Verständnisfragen zum Beschlussvorschlag bzw. zum Abstimmungsverfahren.

Auf Frage von Herrn Meeser nach der Zeitschiene erklärt der Bürgermeister, dass man nach Möglichkeit in die nächste Sitzung des Hautpausschusses gehen wolle. Herr Strack ergänzt die bereits im HA und im Laufe der Aussprache dargelegten Schritte in Bezug auf die Investitionsliste. Der Haushalt werde erst im Dezember vorgelegt.

In Bezug auf den Abstimmungsinhalt hinterfragt Herr Langer die PPP-Entscheidung und eine mögliche Angliederung einer Abteilung bei den Werken.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Fragen zwangsläufig erst in einem weiteren Schritt geklärt werden.

Herr Sonntag erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag des APUE nicht bestätige, da dieser für die Beschlussfassung gem. ZustO nicht zuständig sei. Man beantrage statt dessen, zur Wärmeversorgung des Gebäudekomplexes Siegtalgymnasium, Zweifachturnhalle Eichelkamp, Hermann-Weber-Bad konzeptionell eine Kombination aus BHKW mit Gasbrennwerttechnik vorzusehen – vorbehaltlich der Finanzierung.

Der Wunsch von Herrn Sonntag, den Antrag zur Abstimmung zu stellen, wird vom Bürgermeister mit dem Hinweis auf das inzwischen erfolgte Beendigung der Debatte abgewiesen. Bei der Antragsformulierung handele es sich nicht um eine Verständnisfrage zur bevorstehenden Abstimmung,, sondern um einen Beitrag zum Tagesordnungspunkt. Dies sei aber nicht mehr möglich, da die Rednerliste per Geschäftsordnungsbeschluss geschlossen sei.

Zunächst lässt der Bürgermeister über die Beschlussempfehlung des APUE abstimmen.

<u>Beschluss:</u>

Nr. XIII/14/192-194

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur/zum

- Errichtung und Betrieb einer Heizzentrale (Neubau oder Sanierung) einschließlich Wärmeerzeugung und Stromversorgung,
- baulich-technischen und energetischen Sanierung des Hermann-Weber-Bades und dessen Betrieb,
- Wärmeversorgung des Hermann-Weber-Bades, des Siegtal-Gymnasiums und der Turnhalle am Eichelkamp sowie über ein Fernwärmenetz der Gemeinschaftshauptschule, der Siegparkhalle und des Theaters am Park,
- baulich-energetischen Sanierung des Siegtal-Gymnasiums, der Turnhalle am Eichelkamp, der Gemeinschaftshauptschule, der Siegparkhalle und des Theaters am Park sowie der Gemeinschaftsgrundschule Eitorf,

- Neubau des Bauhof-Geländes und der Zentralen Feuerwache,
- optional baulich-energetischen Sanierung oder Neubau des Rathauses

zu erkunden, ob die Finanzierung dieser Vorhaben durch ein sog. PPP-Projekt durchführbar und im Sinne einer langfristigen Haushaltsplanung wirtschaftlich und vertretbar ist. Zu diesem Zweck soll eine formlose Interessensabfrage durchgeführt werden.

Sofern diese ergebnislos oder nicht erfolgversprechend ausfällt, beschließt der Rat, zur Wärmeversorgung des Gebäudekomplexes Siegtal-Gymnasium, Zweifachturnhalle Eichelkamp, Hermann-Weber-Bad, Siegparkhalle und Theater am Park konzeptionell eine Kombination von BHKW mit Gasbrennwertkessel vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen (15 FDP, 5 SPD, 1 BM), 13 Nein-Stimmen (9 CDU, 2 BfE, 2 Grüne), 1 Enthaltung von UWG

Nach der erfolgten Abstimmung kommt der Bürgermeister zur Beschlussempfehlung des ABV über die auszuführenden Baumaßnahmen.

Vor der Abstimmung erklärt Herr Langer, dass noch ein Antrag von Herrn Kemmler auf Vertagung im Raume steht.

Der Bürgermeister bestätigt dies und erklärt, dass der Antrag auf Vertagung der Entscheidung am heutigen Tag seiner Meinung nach weitergehender sei, als ein Beschluss über die konkrete Baumaßnahme. Insofern verzichtet er auf eine Bestätigung des ABV-Beschlusses und lässt über den Antrag von Herrn Kemmler abstimmen, heute diesbezüglich keine Entscheidung zu treffen.

Herr Sonntag erklärt, dass seine Fraktion sich nicht in der Lage sieht, an einer solchen Abstimmung teilzunehmen. Bei der nachfolgenden Abstimmung schließt sich Herr Fürbaß nicht dieser Auffassung an und beteiligt sich an der Abstimmung, die zu folgendem Ergebnis führt:

Beschluss

Nr.: XIII/14/194

Dem Antrag von Herrn Kemmler, heute in Bezug auf konkrete Baumaßnahmen keine Entscheidung zu treffen, bis weitere Informationen vorliegen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen (15 FDP, 5 SPD, 2 BfE, 2 Grüne, 1 UWG, 1 BM), 1 Nein-Stimme (CDU), Anmerkung: 8 Mitglieder der CDU-Fraktion haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.